



HESSISCHER LANDTAG

20. 04. 2010

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**betreffend Hochschulpakt auf Augenhöhe - Unterzeichnung des
Hochschulpakts 2011 bis 2015 verschieben und unter Einbeziehung
der Hochschulen neu verhandeln**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag kritisiert die finanzpolitische Prioritätensetzung der Landesregierung. Er stellt fest, dass es im nächsten Landeshaushalt Einsparungen geben muss, dass aber mit dem Sparen bei Schulen und Hochschulen zu beginnen, der falsche Weg ist. Die Finanzierung von Bildung sollte im Gegenteil absolute Priorität genießen. Zum einen, um die Chancengerechtigkeit des hessischen und damit des deutschen Bildungssystems weiter zu erhöhen, und zum anderen, um sicherzustellen, dass es zukünftig genug gut ausgebildete Menschen für die Wissensgesellschaft gibt.
2. Der Landtag stellt fest, dass die Hochschulen mit der in den kommenden Jahren weiter steigenden Zahl der Studierenden, mit mehr Betreuungsaufwand durch die Bologna-Reform und mit der seit Jahren zu niedrigen Grundfinanzierung ohnehin vor der großen Herausforderung stehen, die Qualität des Studiums und der wissenschaftlichen Arbeit auf hohem Standard zu halten.
3. Der Landtag ist daher der Auffassung, dass sich die Landesregierung an ihrem eigenem Motto vom "intelligenten Sparen" messen lassen sollte und in diesem Sinne vor der Unterzeichnung des Hochschulpakts ein Konzept vorlegen muss, das die Priorität des Bildungsbereichs ausreichend berücksichtigt.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die vorgesehene Unterzeichnung des Hochschulpakts zu verschieben und mit den Hochschulen in Verhandlungen in Augenhöhe einzutreten. Dabei sollen insbesondere folgende Aspekte berücksichtigt werden:
 - a) Eine gerechtere Finanzierung der Clusterpreise im Globalbudget der Hochschulen, um die Qualität von Studienbedingungen und Lehre zu gewährleisten und zu verbessern.
 - b) Eine gerechtere Mittelverteilung zwischen den Hochschulen, damit die nord- und mittelhessischen Universitäten und die Fachhochschulen nicht weiter benachteiligt werden. Dazu gehört eine Überarbeitung der Berechnungsgrundlage der Studienanfänger und -anfängerinnen sowie der faktischen Studierendenzahlen.
 - c) Eine Überarbeitung und Weiterentwicklung der leistungsorientierten Mittelzuweisung, die Instrumente für eine Effizienzsteigerung der Hochschulen sowie positive Effekte bei der Frauenförderung und der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses stärker honoriert.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung zudem auf, sicherzustellen, dass weder die Mittel zur Verbesserung der Qualität der Studienbedingungen und der Lehre (QSL-Mittel) noch die für die Finanzierung der Lehre vorgesehenen Mittel aus dem Grundbudget gekürzt werden.

Wiesbaden, 20. April 2010

Der Fraktionsvorsitzende:
Tarek Al-Wazir